

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 9/10, und durch Reiseverkäufer zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mf. 2.50, frei ins Haus Mf. 2.99, wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Rezeptionsgebühr beträgt für die unentgeltliche Entsendung über deren Namen 25 Pfennige, für Bezugs- und Verlagsänderungen 15 Pfennige. Preisliste für die nächste Nummer nach dem 1. November 1906 ist bei der Expedition abzugeben.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 271.

Dienstag, den 20. November 1906.

17. Jahrgang.

### Totenfest im Zirkus Busch.

Berlin, 18. November. Im Zirkus Busch, dem größten Versammlungsraum Berlins, fand heute Mittag eine überaus stark besuchte Kundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus Anlaß des 25 jährigen Jubiläumstages der Völkisch-Kaiser-Wilhelms I., der die Sozialreform-Gesetzgebung inaugurierte, statt.

Adolf Stöcker und Adolf Wagner — zwei verküngene Erinnerungen aus der Geschichte Berlins! Ein Menschenalter ist es her, daß ihre christlich-soziale und katholisch-sozialistische Bewegung die Reichshauptstadt mit ihrem Rärm erfüllte, und mit der jungen Sozialdemokratie um den Preis rang. Die Arbeiter haben entschieden! Berlin ist heute die Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie und wird es bleiben. Daran zweifeln wohl auch die Redner nicht, die am Sonntag im Berliner Zirkus Busch das fünfundsiebzigjährige Jubiläum der wilhelminischen Novemberbotschaft und die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ in löblichen Worten feierten — Adolf Stöcker und Adolf Wagner. Sogar die kleine Freude darf man ihnen gönnen, daß sie — nachdem die reaktionäre Presse tagelang unausgesetzt alle Mann jedwedem Standes an Bord gerufen hatte — „fünftausend christlich-nationale Arbeiter“ aufmarschieren ließen, die den jetzt regierenden Kaiser auf telegraphischem Wege ihrer „unwandelbaren Treue zum sozialen Kaiserthum der Hohenzollern“ versicherten.

Was ist das „Ideal eines rechtschaffenen Arbeiters“? Herr Stöcker sagt: „Wenn er gesund ist, will er Arbeit haben; wenn er krank ist, will er mit Gottes Hilfe wieder gesund werden; und wenn er alt ist, will er Hilfe.“ Und zu diesen schönen Dingen haben ihm die Hohenzollern geholfen, die allezeit „soziale Fürsten“ gewesen sind.

Wir müssen stark nach außen sein, Steuer zahlen und Waffen tragen — so läßt sich der alte Herr Wagner vernehmen und Graf Posadowsky, der mit zylindergeschmücktem Haupte in einer Loge sitzend als „Lokomotivführer der deutschen Sozialpolitik“ mit dreimaligem Hoch begrüßt worden ist, gibt das Zeichen zum Beifall. So treiben sie mit allen Redensarten das alte Spiel weiter, das längst verlorene Spiel.

Zwischen den beiden Greisen, dem alten Hofprediger a. D. und dem professoralen Geheimrat, erhebt sich eine jüngere, modernere Gestalt, und ein feiner abgestimmtes Ohr merkt bald den Unterschied der Tonart. Es ist Herr Giesberts, Arbeitersekretär und selbst vordem Arbeiter, der geschickteste Zögling des Zentrums, die Hoffnung der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“, und er allein findet wirklich Aufmerksamkeit und Interesse. Ob auch echte Anteilnahme? Der Beifall klingt schließlich recht matt. Herr Giesberts kennt die proletarische Gefühl- und Gedankenwelt unzweifelhaft hundertmal besser als die beiden Kirchen- und Universitätsgelehrte, aber es scheint, daß er damit dieser Versammlung nicht sonderlich näher rückt. In einer wirklichen Arbeiter-Versammlung, in der Freiheit des

Wortes gestattet ist, hätte es sicher eine interessante und fruchtbare Debatte gegeben. Giesberts vermeidet alle byzantinischen Gemeinplätze, alle abgeklapperten Pastoren- und Professorenreden gegen die Sozialdemokratie. Er findet, daß die Kräfte, die am sozialen Karren rückwärts angespannt sind, zur Zeit die stärkeren seien, fordert Krankenversicherung der Heimarbeiter, des Gefindes, der Landarbeiter, freies Koalitionsrecht, freies Reichs-Vereinsrecht, redet von Streikbrechern, von der bedauerlichen sozialen Rückständigkeit des preussischen Landtages — vieles, was er sagt, hätte in einer sozialdemokratischen Versammlung lebhaftere Zustimmung gefunden, als hier bei den „christlich-nationalen Arbeitern“, die dem „sozialen Kaiserthum der Hohenzollern“ mit „unwandelbarer Treue“ ergeben sind.

Schließlich springt doch der Zentrumsführer aus der Rolle. Herr Giesberts will den verächtlichen Gesegentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine „scharf aber ruhig“ kritisieren, in die „allgemeine Verleumdung der sozialdemokratischen Presse“ aber nicht einstimmen. Sehr unwahrscheinlich klingt die Naivität, mit der er erklärt, dieses Gesetz könne doch keinem Verein Schaden, da sich ja — keiner eintragen zu lassen brauche, wenn er nicht wolle. Herr Stöcker, der über den Gesegentwurf im besonderen nicht sprach, hatte vorher doch deutlich genug durchblicken lassen, wohin die Reise gehen soll, als er mit Emphase versicherte: „Der christliche Sozialismus ist ein erlaubt.“ Darauf läuft ja die Absicht des neuen Gesegentwurfes deutlich hinaus, den christlich-sozialen Gimpelgang in Preußen-Deutschland zu einem politisch konfessionierten Gewerbe zu machen. Man will die Berufsvereine, die durch die Eintragung ein Zeichen ihrer „guten Gesinnung“ geben, unter die staatliche Obhut nehmen, um die andern desto nachdrücklicher verfolgen zu können. Aber Herr Giesberts tut, als merkte er nichts davon.

Immerhin bleiben seine Ausführungen die einzigen, die den Politiker interessieren, während die andern, sozialpolitische Mumien, eigentlich doch nur mehr Objekte der Geschichtsforschung sind. Sie waren einmal... Und auch Herr Giesberts wird bald ein Gewesener sein, wenn er in ihren Fehler verfällt, und das Wesen der modernen Arbeiterbewegung verkennt, die nicht eine auf patriarchalische Staatsfürsorge gerichtete Bestrebung, sondern eine Freiheitsbewegung im wahren und tiefsten Sinne des Wortes ist. Daran, daß sie das nicht begriffen, sind die anderen gescheitert, die Wagner und Stöcker, denen das Jubiläum der Novemberbotschaft nichts anderes mehr ist als das Totenfest vergangener Zeiten und begrabener Hoffnungen.

Mit einem Versuch, die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung sittenpolizeilich zu reglementieren, hat die Regierung die Erinnerung an die „großen Tage des sozialen Königthums“ würdig gefeiert. Indem sie den Abgesandten Grafen Posadowsky in eine angebliche „Arbeiterversammlung“ schickte, um diese zu patronisieren, hat sie gezeigt, was sie trotz aller Enttäuschungen von dieser noch immer hofft und erwartet. Das ist ihr lieber Sohn, an dem sie ihr Wohlgefallen hat. Aber auch sie wird keine Auferstehungswunder verrichten.

### Politische Uebersicht.

#### Wie der Reichstag das Recht beugt.

Der Reichstag hatte sich am Sonnabend schon um 11 Uhr versammelt, um das Werk der Vergewaltigung der Minorität fortzusetzen. Zwar in dem Falle des konservativen Abgeordneten Kern, den Amtsvorsteher und Bürgermeister in dem Reichstag geschwindelt haben, wählte die Mehrheit in der Stimmung eines alten Krokodiles, das sich den Waudy vollgeschlagen hat und bis zum nächsten Fraß eine ganz kleine Pause eintrinken lassen muß, in die von freisinniger Seite beantragte Zurückverweisung an die Kommission. Gleich darauf aber lieferete der Mehrheitspräsidenten den Beweis, daß er noch nicht unter die Vegetarier gegangen sei. Es stand die Wahl des kassischen Reichsparteklers Höffel zur Veratung. Höffel ist durch ähnliche Mittel gewählt worden, wie Wittberger, nur daß bei seiner Wahl die Landbürgermeister und die bemittelten Lortswalbe dieselbe Rolle gespielt haben, wie die Pfaffen bei der Wittberger'schen Wahl. Die Freisinnigen, für die Blumenthal ganz geistreich sprach, und witzig auf den Köpftender Hauptmann Bezug nahm, beantragten Zurückverweisung. Müller-Sagan sprach wieder kräftiger als sonst, und holte sich sogar von dem prästierenden Vizepräsidenten Pascha zwei Ordnungsrufe. Den Gedanken der Freisinnigen, die Wahlprüfungen aus dem Parlament in Gerichtshöfe zu verlegen, wehrte Genosse Stinger in wirkungsvoller Rede ab, die auch die Freisinnigen überzeugte, wie ihr lauter Beifall bewies. Genosse Geyer wies der Wahlprüfungs-Kommission nach, daß ihre Berechtigung doppelten Boden besitzt, und Genosse Fischer-Berlin gab die einzig mögliche Erklärung für die Passierung der Wahl Brauns: die Vollmacht konnte ohne ihren Postmann nicht leben, wie Julia nicht ohne ihren Romeo. Wie schon angedeutet, brachte die Mehrheit durch Befestigung der Wahl Höffel ihr Vergewaltigungswerk zum vorläufigen Abschluß. Am Montag — die Sitzung beginnt erst um 3 Uhr — stehen die Interpellationen über Fleischnot zur Veratung.

#### Ein Erlass Wilhelms II.

feiert die Erinnerung an die Novemberbotschaft des Jahres 1881, enthält aber so viel Irrtümer, daß er der Berichtigung dringend bedarf. Gleich im Anfang dieses vom Reichstanzler gegengetretenen Schriftstückes wird die Behauptung aufgestellt, daß das deutsche Volk „in ehrfurchtvoller Dankbarkeit dieses Friedenswerkes“ gedente. Das ist durchaus nicht der Fall. Zu „Dankbarkeit“ hat das deutsche Volk nicht den mindesten Anlaß, wenn sich die Faktoren der deutschen Gesetzgebung, zu denen der Kaiser bekanntlich nicht gehört, zu einem nützlichen Gesetzgebungsakt entschlossen haben, oder in Zukunft noch entschließen werden. Es ist eine historisch falsche Darstellung, wenn ferner behauptet wird, daß das „Friedenswerk“ „nach seinem erhabenen Willen“ (Wilhelm I.) zustande gekommen sei. Angeregt wurde das Werk, wie wir bereits wiederholt nachwiesen, durch den „erhabenen Willen“ der jungen deutschen Arbeiterbewegung, namentlich der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Diese Anregung wurde infolge eines Mißverständnisses von Bismarck angenommen — er bildete sich ein, die sozialdemokratische Bewegung dadurch aufhalten zu können — und von den verbündeten Regierungen und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit (von deren

### Der Sieg des Schwachen.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

161

Als der Zeiger der Wirtshuhr zehn und ein Viertel wies, leerte Tobias den Rest seines „Krügles“, trat zu seinem Vater und sagte mit einem Aida, der seine Worte lägen frafte: „Ich bin müd und wil einweilen heimgehen. Du schienst Dich hier so gut zu unterhalten.“ — „Geh“ nur zu“, fiel der Alte in behaglichem Brummben ein, „ich brauch' Dich nicht zum Heimgehen!“ — Tobias wünschte allerseits Gute Nacht und verließ die Stube. Er schlug den Weg zum Hause der Sibylle ein. Diese Vorraht war sehr nötig. Der Alte, plötzlich von einem Gedanken beunruhigt, verließ bald nach seinem Abgange die Stube, in dem Hof die Gasse hinanzugehen, die zum Weber führte. Als er den Sohn langsam darauf hinschleudern sah, freute sich seine Seele; er ging ins Wirtshaus zurück, bestellte noch ein Maß Braunes und plantete sich in die Ecke mit einem Bechgen hin, als ob er heute die Polzeifunde nicht zu beachten gedächte.

Tobias ging bis zum Hause des Webers. Die Fenster waren dunkel — die Leute zu Bette. Da er noch Zeit herumzubringen hatte, so folgte er einem Gelüsten, das plötzlich in ihm aufgeregten war. Er ging ums Haus und stieg über den niedern Zaun in den Garten, auf welchen das Kammerfenster der Sibylle hinausging. Hier war noch Licht. Der Burche näherte sich demselben bis auf einige Schritte, blieb dann stehen und weidete sich an der Möglichkeit, etwas tun zu können, was er zu unterlassen entschlossen war. „Du gute Sibylle“, dachte er: „Dir könnt' ich eine Freude machen — wenn ich nicht! — Aber jeder ist sich selbst der Nächste.“ — Das Licht erlosch. „Sie geht zu Bett“, sagte er zu sich. „Nun, sie mag schlafen!“ — Er ging vorsichtig zurück, stieg auf den Wäsen hinaus und schlug den Weg ein, der zum Pfarrhaus führte.

Auf dem Gang zur Sibylle war er ruhig; als er aber langsam dem Ziel des Abends entgegenwandelte, fing sein Herz an zu schlagen. Er verwarderte sich über die erneuerte Bangigkeit, wo er doch ganz entschlossen gewesen war, und ärgerte sich darüber; aber das bewirkte nicht, daß sie nachließ. Das Herz klopfen und Beben dauerte fort und geriet in einen Gang, als ob es heute nicht leicht mehr aufhören wollte. Am Raus des Pfarrhofes angekommen, machte er Halt und verlor sich wartend in dumpfes Sinnen. Auf einmal schlug die Hande auf dem nahen

Rückturn so stark, wie er nie geglaubt hätte, daß es möglich wäre. Nach leichtem Schreck sich lassend, zählte er die Schläge. Es waren elf. — Die Zeit war gekommen — es mußte gewagt sein!

Indem er sich vorsichtig umschaute und zu seinem Troste niemand gewahrte, schlich er zu der Postür, öffnete sie, lehnte sie wieder an und zog sich hinter den Guldbaum zurück. Hier konnte er nicht gesehen werden, aber auf den Ruf der Geliebten gleich erscheinen.

Die Stille des Grabes umgab ihn. Die dunkle Nacht die nur von einzelnen, zwischen Wolken vorbüchtenden Sternen erhellt war, der heilige Bezirk, in dem er sich befand, und der ganze feierliche Umkreis stimmten ihn ernst und ernster. Er begann zu überlegen, was er eigentlich im Sinne habe und wie es ausfallen könnte. Bei feierregter Empfindung, bei einem Geiß, der durch Furcht und Sorge geschärft und zu lebhaften Vorstellungen befähigt war, sah er die Größe seines Wagnisses in hellem Licht und wurde besonders durch diejenige Seite des Unternehmens getroffen, wozu es als eine Entweihung des Pfarrhauses angesehen werden konnte. Zur Nachtzeit, heimlich wie ein Dieb, drang er in die Wohnung des Geistlichen! — Wenn es nun unglücklich abläuft? Wenn die Pfarrleute erwachten und ihn bei dem Mädchen trafen, was'bachten sich diese von ihm? — Daß er der unverschämteste und gottloseste Mensch sei auf der ganzen Welt! Und sie behandelten ihn, wie er's nach ihrer Meinung verdiente — die Sache kam auf, kam im Dorfe herum — und sein Vater, den er auf alle Weise angelogen hatte, schlug ihn zum Krüppel! Die Wäbe verlor den Dienst und mußte aus dem Dorf — alles war aus und alles verloren! — Wer konnte gutsehen, daß es nicht so ging? Alte Leute haben keinen festen Schlaf; — und es gibt Dinge, wo der Teufel Heu runterwirft und alle Vor-sicht zuschanden macht, weil's eben nicht sein soll, daß sie durchgehen.

Diese Gedanken und Vorstellungen erzeugten sich unaufhaltsam nacheinander in ihm und versetzten ihn in eine Verzornis, eine Angst, daß er unwillkürlich hinter dem Baume vortrat und seinen Blick nach der Postür richtete. Es war der böse Feind, der die Wäbe betrogen hatte, ihm diesen Vor-schlag zu machen und ihn und sie zu Grunde zu richten! Das war ja gerade das Aller schlimmste und Allergefährlichste, was sie unternehmen konnten! — Und mußte er ihr nun folgen. Blick weilt er's her-sprochen hatte? Was es nicht vielmehr seine Pflicht, für sie gescheit zu sein und sich in die Gefahr, worin sie unkommen würden, gar nicht zu begeben? — Vor es nicht jetzt tun, es noch

Zeit war, das Allerbeste für beide, wenn er den Pfarrhof sachte verließ und ruhig nach Hause ging?

In dem Augenblicke, wo er diese Erwägung machte, drehte sich ein Schlüssel im Schloß der Haustür, und wie von selber trat er sein Fuß hinter den Baum. Die Tür ging auf, die Wäbe trat auf die Schwelle und sah umher. Wie sie den Erwarteten nicht erblickte, entschloß sie ein aus der tiefsten Brust kommendes „Ah“ ihrem Mund. In diesem „Ah“ lag so viel Bedauern, so viel gekämpfte Hoffnung, so viel Getrübtheit, daß es den Burchen in die Seele traf. Er ging vor und richtete seine Schritte nach der Tür. Und nun folgte ein anderes „Ah“, das Freude, Liebe, Beifall ausdrückte und auf seine Seele noch ergreifender wirkte. In dem Auftritt angekommen, bot er ihr leise Guten Abend; die Wäbe rief in kräftigem Flüsterton: „Kommi!“ und winkte ihm energisch. In demselben Moment glaubte er von der Gasse die Schritte eines Vorübergehenden zu vernehmen — heftig stieg er hinan und trat über die Schwelle.

Es war geschöhen. Der Pfad war ihm geöfnet, er konnte nicht mehr zurück und mußte vorwärts — zum Heil oder zum Verderben. Aber wie sollte er vorwärts? Die Wäbe hatte die Tür wieder zugemacht und eingeklinkt — tiefes Dunkel umringte sie. In der schauerlichen Finsternis wurde ihm das Schwärze seiner Lat wieder recht fühlbar, und das Herz klopfen begann aufs neue. Er ergriff die Hand der Wäbe mit dem Instinkt der Furcht, die nach der Verbindung mit dem Mute trachtete, und drückte sie — die gute Wäbe weinte, aus Liebe! Aber gleich sollte sie enttäuscht werden. „Wäbe“, flüsterte der Schneider, „ich wil' weiter gehen, laß uns überlegen!“ In dem Laufe ihr's flüchtlich dunkel, ich seh' nicht einen Stich und bin nicht so bekannt hier, daß ich blind hin- und hergehen könnt'. Wenn ich falsch treten und an etwas anstoßen wil' und die Pfarrleute wahrden aufwachen.“ Ein Beben seiner Gend ergänzte den Sch. — Das Mädchen hatte überlegt. Am in ihre Kammer zu gelangen, mußte man die Stiege hinauf und oben im Gange an der Schlafkammer der Herrschaft vorbei. Eben im Gange standen aber zwei Kränze, an die ein Unkundiger sich wohl stoßen konnte. Tobias war in einer Gemütsverfassung, in der man nicht sicher zu gehen pflegt — er hatte Angst, der gute Burche, und ein Fehltritt war möglich, auch wenn sie ihn führte. Sie mußte ein überiges tun, das fast schon und er, der ungeschickte seiner Furchtsamkeit getrieben war, um von ihr einen klugen Vor-schlag zu hören, verdiente es auch.

(Fortsetzung folgt.)

Freudiger Zustimmung" und "verständnisvoller Mitwirkung" der Erziehung (Schule) so unzulänglich und unzureichend durchgeführt, daß die sozialdemokratische Fraktion schließlich dem "Friedenswerte" die Zustimmung verweigerte. Das ist sie nicht, weil die Befehle den Arbeitern zu viel, sondern weil sie ihnen zuwenig boten, und sie in andauernd bemüht, Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz durch vernünftige Reformen zu verbessern und zu verfeinern. Es ist wieder eine große Unrichtigkeit, wenn der Erlass weiter von dem "andauernden Widerstand gerade von jener Seite", redet, welche glaubt, die Vertretung von Arbeiterinteressen vorzugsweise für sich in Anspruch nehmen zu können. Dazu ist zu bemerken, daß es kein Sozialdemokrat war, der die Meinung aussprach, nun sei dem Arbeiter "eine gute Erlösung bis ins spätere Alter gestiftet" und nun sei die "Kompensation" voll.

Eine total falsche Auffassung aber verrät der Erlass schließlich, wenn er "freitwilligen und freudigen Niedersinken am Noth des Nächsten" als die Krönung der sozialpolitischen Arbeit feiert und jenen, "die sich nach dem großen sozialen Wert unserer Zeit selbstlos und willig opfern", den "kaiserlichen Dank" ausspricht. Dem großen sozialen Wert unserer Zeit haben sich jene Männer selbstlos und willig geopfert, die in den schweren Zeiten vor 25 Jahren fest zur Sache des Proletariats standen, und durch die Furcht, die ihre Lässigkeit erregte, die herrschenden Klassen zu einigen Konzessionen zwangen. Ihnen spricht der Kaiser seinen Dank nicht aus, sondern er wendet sich an die Leute, die sich durch die private Wohlthätigkeit nach oben hin bemerkbar gemacht haben. Darum wurden auch einigen wohlhabenden Damen und Herren, die wohltätige Stiftungen machten, zur Güte des Tages Orden verliehen. Nun hat sogar der Professor Wagner am Sonntag in Berlin ausgeführt, die Novemberbewegung sei gerade darum ein entscheidender Wendepunkt der sozialen Auffassung gewesen, weil sie den Arbeitern nicht mehr auf die Privatwohlthätigkeit verwies, sondern ihnen einen Rechtsanspruch erstiftete. — So beweißt die Novemberbewegung Wilhelm II., daß an maßgebenden Stellen in den letzten 25 Jahren eher ein Rückschritt als ein Fortschritt der sozialpolitischen Auffassungen zu verzeichnen ist.

### Nach einmal: Die "neue" Schwalbe.

Ueber die Rede des Reichskanzlers und insbesondere dessen Antwort auf den Zwischenruf der Linken: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer! schreibt Jaures, unser französischer Parteiführer, in der "Humanité":

„Bin ich wirklich der einzige in Frankreich, der heute zu Tage eine Politik der Annäherung an Deutschland vorgelegt hat? Ich habe niemals auf die Bekräftigung des Rechts verzichtet, aber ich glaube, daß Frankreich nicht von einem Siege und dessen Ausfällen die Wiederherstellung des Rechts erwarten soll. Ich glaube, Frankreich würde einen schweren Fehler begehen, wenn es versuchen wollte, Deutschland zu isolieren, um es wirksamer zu bedrohen. Frankreich soll versuchen, zu einem Zustande sicherer und endgültiger Friedens mit Deutschland zu gelangen. Für Wilhelms verlangt von Frankreich nichts zu weit gehendes, er sprach von der nationalen Empfindlichkeit und dem patriotischen Schmerz Frankreichs in edlen Worten. Alles, was er im Lichte stichtlicher Aufrichtigkeit verlangt, ist, daß das Mißtrauen zwischen den beiden Völkern verschwinde. Alle guten Franzosen, welche nach den Worten Gambettas gleichzeitig auch gute Europäer sind, werden wünschen, daß in beiden Ländern auch diese Worte gehört werden. Und wenn Frankreich eine Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland herbeiführen könnte, dann würde Europa vor Gefahren geschützt sein. Betreffs dieses Wunsches stehe ich in Frankreich nicht allein, und ich bin überzeugt, daß dies auch der Gedanke der Linken des Reichstages ist, die mir die Ehre erwiesen hat, den Reichskanzler an die Wünsche zu erinnern, die ich zu Gunsten eines engherigen Einverständnisses zwischen beiden Ländern im Hinblick auf einen vollen internationalen Frieden ausgesprochen habe.“

Jaures meint dazu die „Berl. Volksztg.“: „Das sind Worte, die in dem Reichskanzler ein gewisses Gefühl der Beschämung hervorrufen müssen darüber, daß er im vorigen Jahre ein öffentliches Auftreten Jaures in Berlin nicht zugelassen hat.“

Als wenn das bei einem Liebding der Junker möglich wäre!

### Ein Gegenwartsbild aus dem preussischen Juchtland.

Vor wenigen Wochen veröffentlichte ein Berliner Blatt, das durch seine inoffizielle Polentete den deutschen Namen schändet, den Plan, es sei jenen polnischen Eltern, die ihren Kindern die altliche Teilnahme am deutschen Religions-Unterricht verbieten, das Erziehungsgesetz an ihren Kindern auf Grund des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu entziehen.

Die Behörden der ober-schlesischen Diözese haben sich diesen Plan zu eigen gemacht. Es klingt ungläublich, aber es ist wahr: die Kinder zweier Polen sollen laut Gerichtsbescheid in die Zwangserziehung-Anstalt gebracht werden, weil sie sich weigerten, ein deutsches Patronym zu haben!

Die Eltern, die durch diesen furchtbaren, unerbittlichen Beschluß völlig gedrohen wurden, sollen das Versprechen abgegeben haben, sie wollten ihre Kinder nurmehr anweisen, am deutschen Religions-Unterricht teilzunehmen. Was wird also den Vätern beiläufig die Kinder wieder zurückgeben, die man ihnen vom Beten gerissen hat! Der Schulrat in Zabrze, läßt die folgende preussische Regierung beschreiben, sei damit im weichen Leben als beendet anzusehen.

Nach seien aber 40.000 Schulkinder im Streit. Hierzuland wird also die preussische Regierung und die preussische Justiz ihre eigenartige Auffassung von der „Geltigkeit der Gewalt“ betätigen müssen, um endlich nach Berlin die Entscheidung zu übertragen: „Wohin liegt zu den hohen Eurer Majestät“ Einverständnis kammer aber im Osten des Reichs die Befehle nach sehr verschiedene Dinge passieren. Denn es wäre nicht nur verwerflich, es wäre auch menschlich völlig gerechtfertigt, wenn die polnische Bevölkerung nach ihren eigenen Erfahrungen sich bewußt gegen die polnische Seite der preussischen Weisheit der Zwangserziehung den deutschen Behörden entgegenzusetzen.

Das ist in Polen und Oberschlesien geschieht, was nicht gegen die ersten Schritte der Reichsjustiz. In der Presse des Reichslandes werden sich die Stimmen der Empörung, und wie

„Freudiger Zustimmung“ und „verständnisvoller Mitwirkung“ der Erziehung (Schule) so unzulänglich und unzureichend durchgeführt, daß die sozialdemokratische Fraktion schließlich dem "Friedenswerte" die Zustimmung verweigerte. Das ist sie nicht, weil die Befehle den Arbeitern zu viel, sondern weil sie ihnen zuwenig boten, und sie in andauernd bemüht, Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz durch vernünftige Reformen zu verbessern und zu verfeinern. Es ist wieder eine große Unrichtigkeit, wenn der Erlass weiter von dem "andauernden Widerstand gerade von jener Seite", redet, welche glaubt, die Vertretung von Arbeiterinteressen vorzugsweise für sich in Anspruch nehmen zu können. Dazu ist zu bemerken, daß es kein Sozialdemokrat war, der die Meinung aussprach, nun sei dem Arbeiter "eine gute Erlösung bis ins spätere Alter gestiftet" und nun sei die "Kompensation" voll.

**Die mangelnde „sittliche Lässigkeit“.** In der zum Polizeibezirk Altona gehörigen Ortschaft Stellingen-Langensfelde hat die königliche Regierung zu Schleswig, wie der „Hain. Cour.“ meldet, zwei von der sozialdemokratischen Partei zu Mitgliedern des Schulkollegiums der Ortschaft gewählte Einwohner dieser ehrenamtlichen Stellung entlassen.

Das ist die Folge des erbärmlichen Rundschreibens des Ministers gegen die Kultur. v. Studt. Wenn erst alle Sozialdemokraten mit der sittlichen Lässigkeit eines Pöbels erfüllt sind, werden sie auch würdig sein, als Schuldeputationsmitglieder zu fungieren.

**Mecklenburgische Justiz.** Aus dem verfassungsfreien Lande mit dem Ochsenkopf im Wappen wird gemeldet:

Von der Staatsanwaltschaft Rostock war seinerzeit die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben worden gegen den Genossen Kühn von der „Mecklenburger Volkszeitung“. Die Strafkammer sprach ihn in der Sitzung vom 10. Mai frei. Das Reichsgericht hob auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Urteil auf, weil der dolus eventualis nicht in Rücksicht gezogen sei bei der Urteilsfindung. In der neuen Verhandlung vor dem Landgericht wurde Kühn zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und zwar auf Grund des dolus eventualis. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate beantragt!

Ein weiterer Schritt zur Fehlung des kolossalen Nachsehens des monarchischen Gedankens!

**Wißbrauch der Kanzel durch politisierende Pfaffen.** Der „Schwäbische Merkur“ erzählt aus Lauterbach, dort habe neulich der Ortsgemeinde von der Kanzel verkündigt: „Heute Nachmittag um 3 Uhr findet im „Ablen“ auf dem Föhrenbühl für das Tal Lauterbach und Salzbach und heute Abend um 6 Uhr in der „Sonne“ in Lauterbach eine Versammlung sozialistischer Männer und Jünglinge statt, in welcher ein fremder Herr sprechen wird.“ Der „fremde Herr“ war der betreffende Landtagsabgeordnete des Zentrums, der eine politische Rede hielt, in der er das Zentrum und sich selbst den Wählern empfahl.

Die stets siegreichen Pottentotten haben auf neue über unsere deutschen Truppen gesiegt. Amlich wird nämlich gemeldet:

Nach einem Telegramm des Obersten von Delmting aus Neelmanschoop vom 13. November, Abends, hat eine Pottentottenbande unter Führung Sturmanns (anscheinend des belagerten des Feldzuges viel genannten Propheten) am 1. November die Befestigung von Ukanaris in der Nähe des Stationsgebäudes überfallen. Fünf Reiter sind gefallen, 2 wurden schwer, 1 leicht verwundet. Oberleutnant Freiber von Fürstberg übernahm sofort mit der 9. Kompanie 2. Feld-Regiments und dem Maschinengewehrzug Müller die Verfolgung in Richtung über Wasserfall in die Großen Karasberge. Deslich der Großen Karasberge erreichte er ihn am 5. November. Nach kurzem Gefecht lief der Feind auseinander. Fünf Mann der Bande stellten sich am 10. bei Hauptmann Siebert in Lindob (östlich Karasberge) und geben ihre Gewehre ab.

Eine zweite Pottentottenbande zeigte sich am 8. November bei Raimas, südwestlich Neelmanschoop. Sie wurde von der 7. Kompanie 1. Feld-Regiments unter Hauptmann Doerschlag Hirschhaus abwärts verfolgt und lief am 10. in den Fischfließbergen auseinander.

Oberleutnant Möllere verfolgte mit der 4. Kompanie 2. Feld-Regiments und einem Gebirgsgegeschütz seit dem 23. Oktober im Fischfließ-Revier eine Pottentottenbande unter Fielberg. Dieser Pottentottenführer, wahrscheinlich ein Dondehewort, hielt sich bisher zumeist in den Kleinen Karasbergen auf, von wo aus Raubzüge und Viehhiebstähle unternahm. Möllere vertrieb am 21. Oktober den Gegner aus schwer zugänglichen Schlupfwinkeln im Fischfließ, südlich der Einmündung des Stabreiters, und trieb ihn über Güns in die wasserlosen Guldberge. Teile dieser Bande raubten am 8. November Abends bei Willem-Christas (südwestlich Reibanten) eine größere Anzahl Transporttiere. Leutnant Gerlich verfolgte die Räuber mit 30 Reitern den Rautis aus. Er nahm am 9. November dem Feind bei Garies das geraubte Vieh wieder ab, erbeutete dessen Reittiere und Proviant und trieb ihn in die Guldberge zurück. Möllere steht mit seiner Abteilung bei Güns Tross und Wehrbrunn am Südrande der Guld-Höhe.

Der politische Schulstreik soll, wie uns telegraphisch gemeldet wird, nunmehr auch nach Berlin fortgesetzt werden. Ein polnisches Komitee für Berlin und Umgebung erließ an die polnischen Eltern einen Aufruf, in dem sie aufgefordert werden, ihre Kinder nicht zu dem in der Schule veranordneten Vorbereitungsunterricht für die Weichte und die Kommunion zu schicken. Da dieser Unterricht nicht zum Rezipien gehört, konnten die Kinder auch nicht gezwungen werden, sich daran zu beteiligen. Das Komitee hat bereits Vorkehrungen getroffen, um in Berlin die polnischen Kinder in ihrer Mutterzunge auf ihre religiösen Pflichten vorzubereiten. Für Kinder unbemittelter polnischer Eltern ist dies kostenlos.

### Kleines politische Nachrichten.

Die Kolonialbeobachter werden im Reichstage vorzugsweise am Mittwoch ihren Anfang nehmen. Es lautet der erste Satz der Thesenkommission eines Reporters über die Kolonialbeobachter in Reichstag. Der Kommittee davon ist, daß diese Kommittee gerade von dem frommen Reichstagen abgedruckt wird, einem Blatte, dessen Chefredakteur ein Geistlicher ist und in dessen Redaktion es also sehr als anderwärts bekannt sein dürfte, daß auch den nächsten Mittwoch der Beginn ist. In Wirklichkeit sind die Kolonialbeobachter in den ersten Tagen der nächsten Woche auch nicht zu erwarten, da über der Reichstagsrat für die Kolonialbeobachter, oder noch nicht die Vorlage über die Fortsetzung der Kolonialbeobachter dem Reichstage zugegangen ist und beide Vorlagen gemeinsam zur Verhandlung gestellt werden sollen. — Der Reichstagsrat will sich zu berichten, daß der Vertrag der Kolonialbeobachter mit der Firma v. Lippels, 1134 u. S. a. dem Reichstagsrat zugegangen ist, aber die

Der Ausschuss des Landeseisenbahnrats hat zur Prüfung der Fleischnot eine Ermäßigung der Schlachttaffel und der Magenladungsstarke für fettes Fleisch und der Laxe für Seefische empfohlen. — Die polnische Reichstagsfraktion wird eine Interpellation wegen des Schulstreiks einbringen. — Polizeilich aufgelöst wurde in Berlin wieder eine Pöbler-Versammlung. Als Müller wieder seine unflätigen Schimpereien vorbrachte, und zum Massenkampf aufforderte, löste der überwachende Polizeileutnant die Versammlung auf. Da die Besucher ihr Eintrittsgeld zurückverlangten, konnte nur unter großem Tumult der Saal geräumt werden.

### Ausland.

Die sozialistische Kammerfraktion in Belgien hat beschlossen, in der Kammer folgende Interpellationen und Anträge einzubringen: Ein Gesetz betreffend die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Kommune und Provinz; Antrag auf sofortige Diskussion der Gesetzesentwürfe betreffend die gesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit; Antrag, das zünftige Alter für die gewerbliche Tätigkeit der Kinder von 12 auf 14 Jahre festzusetzen; Antrag auf Befreiung des § 310 des Strafgesetzbuches (dieser Paragraph bedingt sich ungefähr mit unserem § 158 der Gewerbeordnung); Interpellation über die Verabsolutung von Bergwerkskonzessionen in den neuentdeckten Kohlengebieten der Campine.

Die Angelegenheit der Kohlenlager der Campine bedeutet einen geradezu ungeheuren Skandal. Diese reichen Kohlenlager wurden bekanntlich erst vor einigen Jahren entdeckt. Unsere Genossen in der belgischen Kammer erhoben sofort die Forderung, daß der Staat die aufgefundenen Reichthümer im Interesse der Allgemeinheit ausbeuten soll. Sie arbeiteten einen Gesetzesentwurf aus, der eine Verringerung des bestehenden Berggesetzes bringt. Das Ministerium aber kümmerte sich hierum nicht, sondern hat bereits tausende von Sektoren Land an große Finanziers und große Industrielle abgegeben. Durch Verletzung der Bergkonzession erhalten diese das Privileg, die Schätze der Erde von hunderten und tausenden kleinerer Arbeiter zu ihrem eigenen persönlichen Nutzen anzusehen zu lassen. Ob das Parlament noch imstande sein wird, bezw. die genügende Kraft entfaltet, dies zu verhindern, steht sehr dahin. Es ist zweifelhaft, ob unsere Genossen aus den Reihen der bürgerlichen Demokratie genügend Unterstützung finden werden.

### Der ge'echliche Reklamendebatte in Frankreich.

Das Gesetz Millerand-Gollard beschränkt sich bekanntlich auf die Frauen- und Kinderarbeit. Die Maximalarbeitszeit für Frauen und die Jugendlichen wurde durch das genannte Gesetz zunächst auf 11 Stunden, nach 2 Jahren auf 10 $\frac{1}{2}$  und nach wiederum 2 Jahren auf 10 Stunden festgesetzt. In den sogenannten „gemischten Betrieben“, d. h. in solchen, wo neben Frauen und Jugendlichen auch erwachsene männliche Arbeiter tätig sind, haben die obigen Bestimmungen auch für diese Geltung. Dieses Gesetz hat mancherlei Unannehmlichkeiten im Gefolge gehabt. Die Unternehmer suchten es zunächst zu umgehen, indem sie die Erwachsenen von den durch das Gesetz geschützten Kategorien trennten, sie in besonderen Häusern oder Werkstätten unterbrachten und nun behaupteten, daß dann das Gesetz auf die Erwachsenen nicht mehr anwendbar sei, weil die betreffenden Arbeiter ja nicht mehr in dem gleichen Betriebe tätig seien. Die Gerichte entschieden gegen sie. Auch sonst wurden allerhand Durchstechereien versucht. Dort, wo es nicht gelang, das Gesetz zu umgehen, trat eine andere die Industrie schädigende Wirkung ein. Viele Unternehmer nahmen Jugendliche oder Frauen nicht mehr in Arbeit. Die Kontrolle über die Durchführung des Gesetzes ist natürlich auch sehr erschwert, so lange nur ein Teil der Arbeiterkraft dem Gesetze unterstellt ist. Alle diese Erfahrungen drängen dahin, das Gesetz zu verallgemeinern, und so hat die parlamentarische Kommission für Arbeitsgesetze einen Entwurf ausgearbeitet, wonach der Reklamendebatte auf alle in der Industrie und Handel tätigen Arbeiter ausgedehnt werden soll. Für die Erwachsenen soll die Maximalarbeitszeit zunächst 11 Stunden, nach Ablauf von zwei Jahren aber nur noch 10 Stunden betragen. Diejenigen Betriebe, für die eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit bisher noch gar nicht besteht, sollen nach Ablauf von 4 Jahren und zwar in zwei Etappen ebenfalls dem Reklamendebatte unterworfen werden. Erlangt dieses Projekt Gesetzeskraft, dann hat die Republik Frankreich das deutsche Reich, das „Reich der Sozialreform“, auf diesem Gebiete des Arbeiterschutzes weit überflügelt.

### Arbeitsstörungen gegen die Pfaffenherrschafft.

Aus Lille wird uns telegraphiert: In der hiesigen Garnison wurde eine Anzahl von Soldaten angeworben, die an den bevorstehenden Kircheninventarisierungen teilnehmen sollten. Es wurden nur Mannschaften älteren Jahrganges angeworben. Alle Truppen sind bereit, sofort nach ihrem Bestimmungsort abzugehen.

### Schlamperei in der französischen Marine?

Aus Paris wird uns gemeldet: Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine sensationelle Nachricht, wonach der Admiral Lothar, Oberbefehlshaber des Mittelmeerflottenkommandos, dem Marineminister, der ihm befohlen hatte, eine Flottendemonstration an der marokkanischen Küste vorzunehmen, berichtet hat, daß angesichts des augenblicklichen Zustandes, in welchem die unter seinem Befehl stehenden Schiffe sich befänden, er eine Verantwortlichkeit für eine solche Expedition nicht übernehmen könne. Es heißt, daß die Besatzung der Mehrzahl der Schiffe verdrängt seien und daß eine Fahrt mit großen Gefahren verbunden sei. Ein Spezialausflug wurde sofort auf Befehl des Marineministers zusammengestellt. Derselbe hat sich sofort an Bord der Schiffe begeben, um eine Untersuchung vorzunehmen. Ist das nun Schlamperei oder ein Vorwand zu einer neuen Flottenvorlage?

### Propolis, der Geschäftsmann.

Ueber eine riesigen Landkonzession im Kongostaat wird aus Belgien gemeldet: Die „Brüsseler „Derniere Heure“ teilt mit, daß ein Erlass bevorstehe, durch welchen der Kongostaat einer französisch-englischen Gesellschaft, die sich American-Anglo-Company nennen werde, eine Konzession über vier Millionen Hektar Land zur Auswahl aus den Staatsländereien erteilt werde. Hauptinteressierter an der Gesellschaft des Kongo-landes ist bekanntlich Propolis, der König der Belgier, Besitzer der berühmten Tänzerin Cleo de Mérode.

### Ende des Durcheinanders.

Nach einer Meldung aus Kapstadt ist der Unterführer von Ferreira gefangen genommen worden. Eine unmittelbar darauf folgende Meldung besagt aber, daß Ferreira selber samt seinen Genossen gefangen genommen worden sei.

### Der nicht ganz sonderbare Kronprinz.

Aus Belgrad wird gemeldet: Der Finanzminister der Serbischen Reichsregierung, der Antrag auf Gewährung einer Kapanage für den Kronprinzen Georg einzuweisen nicht zur Entscheidung zu geben, da bei dieser Gelegenheit Porto anzuweisen nicht erforderlich werden müßten, weil dieser im gegenwärtigen Augenblick vermieden würde.

### Minister als Kriegsmilitär.

Als veranlaßt, hat der französische Kriegsminister in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten Clemenceau beschlossen, die französischen Offiziere zu zwingen, der Republik den Treuschwur zu leisten.

### Gegen die Juden.

Der Präsident von Mexiko hat mehrere Ministerien ihrer Ämter entsetzt, weil sie die aus den Schulen entlassenen Exaltados wieder haben aufleben lassen.



**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**  
**Distrikt 3 (Gräbshener Vorstadt).**  
 Bezirke 3, 4 und 5. Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Bahlabend. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
 Mittwoch, den 21. November, Vormittags 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder des Distrikts im Lokale Gräbshenerstraße 44. Besprechung über die Arbeiten zur Stadtverordneten-Erwahl am 24. Wahlbezirk. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
 Der Distriktsführer.  
 Mittwoch, den 21. November, Vormittags 9 Uhr: Bezirksführer-Zusammenkunft. Marken-Abrechnung, Abfertigung der noch

ausstehenden Sammlungen für die Stadtverordnetenwahlen. Jeder Bezirksführer ist verpflichtet zu erscheinen.  
**Distrikte 14 u. 15 (Ohlauer Vorst.).**  
 Mittwoch, den 21. November (Dienstag) früh 9 Uhr: Zusammenkunft. Vorlesung der Agitation.  
**Bezirk 16, 17 u. 18.** Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.  
**Distrikt 7 (Mikolator).**  
 Bezirke 1 u. 3. Dienstag, den 20. d. Mts.: Zusammenkunft und Bahlabend. Besprechung über die Stadtverordneten-Erwahl. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
**Distrikt 8 (Oberst.).**  
 Dienstag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Distriktslokal.

**Saub-Distrikt 2.**  
 Den Bezirksführern zur Kenntnis, daß das Material zur „Vollmacht“-Agitation im Partei-Sekretariat abgeholt ist.  
**Bezirk Josef-Biskup.** Donnerstag, den 22. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Wichtiges Erscheinen erwünscht.  
**Klein-Gandau.** Sonntag, den 2. Dezember: „Vollmacht“-Agitation. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
 Der Distriktsführer.  
 Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schöck. — Druck von Th. Schacht & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 16. d. Mts. abends 10 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Tochter  
**Bertha Meier, geb. Stenzel**  
 im Alter von 33 Jahren 9 Monaten. 5252  
 Um stilles Beileid bittet  
**Karl Meier nebst Tochter.**  
 Beerdigung: Dienstag, den 20. d. Mts. nachmittags 2 1/2 Uhr, vom St. Josephs-Krankenhaus nach Cosel (St. Nikolai-Kirchhof).

Am 16. d. Mts. verschied nach langen schweren Leiden unsere treue, brave Kollegin und Mitarbeiterin  
**Frau Bertha Meier**  
 im blühenden Alter vom 33 Jahren 9 Monaten.  
 Ein ehrendes Andenken wird stets bewahren  
**Sämtliches Personal der A.-Ges. Archimedes (Schmiedefeld).** 5251

Am Mittwoch, den 14. d. Mts., verstarb infolge Unglücksfalles unser Mitglied, der Arbeiter  
**Karl Keller**  
 in Rosenthal, im Alter von 36 Jahren. 5255  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Mitglieder des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Breslau).

Am Sonnabend, den 17. d. Mts., starb nach langem schweren Leiden unser Mitglied, der Stanzler  
**Hermann Köhler**  
 in Gräbchen, im Alter von 23 Jahren. 5254  
 Sein Andenken werden in Ehren halten  
**Die Mitglieder des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen (Zahlstelle Breslau).**

Am 16. d. Mts. starb nach langen Leiden unser Mitglied, der Arbeiter  
**Wilhelm Roedler.**  
 Beerdigung: Dienstag, früh 8 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital. 5257  
**Der sozialdem. Verein.**

**Theodor Muszynski,**  
 Tischlermeister.  
**Beerdigungs-Anstalt u. Sargmagazin.**  
 Telefon 2294.  
**Gräbshenerstr. 43,**  
 Ecke Friedrichstrasse.  
 3268

**Bekanntmachung.**  
 In den letzten 8 Wochen sind in Breslau 9 Fälle von echten Rodes, wenn auch in der modifizierten Form (Varioloid) zur Beobachtung gekommen und es ist trotz der unentbehrlichen beschriebenen Vorsichtsmaßnahmen, welche unermüdlich getroffen wurden, die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß diese unvorhersehbar leicht übertragbare Krankheit hier noch weiter um sich greifen kann.  
 Ich bringe daher in Erinnerung, daß nach dem gesetzlichen Bestimmungen jede Erkrankung mit jeder Todesfall an Rodes (Blattern), sowie jeder Fall, welcher den Verdacht dieser Krankheit erweckt, dem zuständigen königlichen Polizei-Kommissariat unverzüglich mündlich oder schriftlich angezeigt werden muß. Ich weise darauf hin, daß jetzt auch Kinder als verdächtige Erkrankte zu gelten haben.  
 Ferner ersuche ich Eltern und Vormünder derjenigen kranken Kinder, welche in diesem Jahre noch nicht geimpft oder wiedergeimpft worden sind, auf die geleglich vorgerichtete Impfung der Kinder zu achten, welche ohne Verzug vorzunehmen zu lassen, widrigenfalls sie gesetzlich dem angehalten werden müssen.  
 Schließlich mache ich darauf aufmerksam, daß das beste Schutzmittel gegen die Erkrankung an Rodes die richtige Schutzimpfung ist. Der Impfplan hat daher im Interesse des Publikums beizubehalten, bis ein weiterer tödlicher epidemischer Ausbruch eingetreten ist. Derzeit ist die Impfung in Breslau seitens des Magistrats als obgleich öffentlich bekannt gegeben worden.  
 Breslau, den 17. November 1906.  
 Der königliche Polizei-Präsident.  
 Dr. Rönke.

**Stadt-Theater.**  
 Montag, Anfang 7 Uhr  
 „Strafrieb“.  
 Dienstag, Anfang 7 Uhr:  
 „Hamlet“.  
 Mittwoch:  
 Gejstlichen.

**Love-Theater.**  
 Montag:  
 „Der Bräutigam“.  
 Dienstag:  
 „Der Kongreß von Sevilla“.  
 Mittwoch:  
 Gejstlichen.

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
 Montag, Anfang 8 Uhr  
 Gaublungsgesellen Verein:  
 „Gespens“.

**Breslauer Schauspielhaus**  
 Direktion Georg Meier.  
 Heute Montag, den 19. November:  
 Sum 6. Male:  
 „1001 Nacht“  
 Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Dienstag, zum 7. Male:  
 „1001 Nacht“.

**Liebich's Etabl.**  
 Etzephn 1816.  
**Gänzlich neues Programm.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Victoria-Theater**  
 (Stimmenauer Garten).  
**Liliput-Zirkus**  
 sowie das  
**brillante November-Programm.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königlich rumänischer Zirkus**  
 Cesar Sioll  
 im Zirkus-Busch-Gebäude.  
**Täglich: Gr. Gala-Vorstellung**  
 mit reichhaltigem, wechselndem **Elite-Programm.**  
 Abends an der Anklagebühnen.  
**Büfervorverkauf:** Von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends im Antragsbüro bei Gustav Ad. Schleich, Schenkenstraße, 64 Bräutigam, und an der Zirkuskasse von 11 Uhr morgens nummerbreiten.

**Fulde Bockbier**  
 empfiehlt in  
 altbekannt guter Qualität  
**BRAUEREI M. FULDE**  
 SACRAU-BRESLAU.  
 Niederl.: 4895  
 Michaelstr. 26. Tel. 807.  
 Verkauf in Gebinde u. Flaschen  
 frei Haus. Bahnverwand.

**Feuerversicherung**  
 sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt  
**Ernst Zahn,**  
 Ritterplatz 5.

**Achtung! Heimarbeiter u. -Arbeiterinnen.**  
 Mittwoch, den 21. November, nachm. 6 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
 der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen aller Berufe  
 im grossen Saal der „Wilhelmsburg“, Neudorfstrasse 54.  
 Tagesordnung: 1. „Schutz der Heimarbeit!“ Referent: Frau Martha Tietz-Berlin.  
 2. Freie Aussprache.  
 Heimarbeiter und -Arbeiterinnen! Es gilt öffentlichen Protest zu erheben gegen die Verschleppung des gesetzlichen Heimarbeiterschutzes. — Darum erscheint in Massen!  
 Der Einberufer.

**Konsumverein für Liegnitz u. Umgegend**  
 E. G. m. b. H.  
 Sonntag, den 25. November 1906, nachm. 3 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus („Hinterblöche“):  
**Ordentliche General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht über die durch den Verkaufsbreiter Herrn Hüfner-Gottbus angelegte Revision. 2. a) Geschäftsbericht; b) Verlegung der Bilanz u. Rechenschaft über die Verteilung des Reingewinns. 3. Bericht über den Stand der Mitglieder und rechtzeitige beim Unterzeichneten einzureichen (§§ 32 u. 42 des Statuts). — Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorlegung der Legitimationskarte gestattet. — Die Bilanz liegt von Sonntag, den 18. November an in den Geschäftslokalen zur Einsicht der Mitglieder aus.  
 Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Liegnitz u. Umgegend (E. G. m. b. H.)  
 P. Jaensch, Vorsitzender. 5245

**Hosennäherin**  
 auf gut Lager und Maß sucht  
**Lippelt, Mathiasstr. 9.** 5259  
 Neue gebrauchte Möbel, Federbetten, Kinderwagen, gg. Stuben-Einrichtungen geg. sol. Zahlung. 5247  
 Wähler, Gartenstraße 36.  
 Gebr. Schräule zu 10, 15, 20 Mt. Vertikales 15—20 Mt. Sofas 6, 10 bis 15 Mt. Bettstellen 3, 5—8 Mt. Stühle, Spiegel, saubere Federbetten und and. zu verkaufen. 5247  
 Friedrichstr. 61, P. Weber.

**Alte Sofa** mit Dinger, Tar. 52  
 Ursulakerstraße 16.  
**Pfänder-Auktion.**  
 Donnerstag, den 22. November cr.,  
 Pfänderei-Institut, 5128  
 Mathiasstraße 113, 1. Etage.

**Pfandleih-Institut**  
 liefert Gold- und Silberwaren, Wäsche, Betten, Andenken etc. 4700  
**Albert Buscher**  
 Eberstraße 17, vis-a-vis d. Ebergarten.  
**Für Brautleute!**  
**Möbel u. Silberwaren**  
 sehr billig zu verkaufen. 4827  
**Joseph Stephan**  
 Messergasse 24, nur 1. Etg.

**! Achtung!**  
 auf die billige Einkaufsquelle bei vornehmendem Bedarf zu festhalten und für den Weihnachtbedarf.  
**Süsswein**  
 von Liter 50 und 60 Pf. 4844  
 ebenso hier: 4844  
 F. Tafelberg, Rogna, Süsswein, Jamaica-Kum, Eier-Rogna, Alter  
 Breslauer Rote liefert billigst  
**Max Belmer, Destillation**  
 50 Schmiedestraße 50.  
 Probe gratis. — Kein Kaufzwang.

**Rechte u. Pflichten des Mieters**  
 nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch  
 Kommentar gegen Miethsrecht  
 von Rich. Lipinski.  
 Preis pro Exempl. 20 Pfennige.  
 Die Broschüre ist sachtundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein fester Führer durch das Miethsrecht.  
 Durch unsere Expedition zu beziehen.

**Sozialdemokratisches Liederbuch**  
 von Max Kogel.  
 Preis 10 Pf.

**Achtung! Gottesberger Stadtverordneten-Wähler!**  
 Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 Uhr:  
**Versammlung**  
 der 3. Wählerklasse.  
 Tagesordnung:  
 „Warum stellen sich die Arbeiter eigene Kandidaten auf?“  
 Referent: Genosse Kaul-Breslau.

**Ortskrankenkasse der Hutmacher zu Breslau.**  
 Dienstag, den 27. November 1906, abends 8 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, 1. Treppe:  
**Ordentl. General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vorstandswahlen: drei Arbeitgeber, sechs Arbeitnehmer.  
 2. Wahl von drei Revisoren zur Abnahme der Jahresrechnung des 1906.  
 3. Abänderung bezw. Erweiterung des § 20 des Statuts.  
 4. Regelung des Gehaltes für den Rentanten.  
 5. Verschiedenes. 5244  
 Um pünktlich zu Erscheinen ersucht  
 Der Vorstand.

**Ausschneiden!**  
 Suche Köchinnen, Stubenmädchen, Mädchen für Alles, jung. Mädchen (von außerhalb erwählte Bewerberinnen mit Bild einbringen zu wollen).  
**Caroline Barunko, Stellensvermittlerin, Sadowastraße 50.**  
**Konsum-Verein für Bunzlau u. Umgegend**  
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
**Berichtigung**  
 zu der am 18. September 1906 veröffentlichten Bilanz vom 30. Juni 1906.  
 Mitgliederzahl am 1. Juli 1905 . . . . . 258  
 Beigetreten . . . . . 187  
 Ausgetreten durch Kündigung . . . . . 28  
 Tod . . . . . 7  
 Zusammen 445  
 Mitgliederbestand am 1. Juli 1906 . . . . . 410  
 Die eingezahlten Beiträge betragen am 30. Juni 1906 Mt. 5311,20  
 1. Juli 1905 . . . . . 3440,50  
 Mit hin verneht um Mt. 1870,70  
 Die Kassabestand betrug am 30. Juni 1906 . . . . . Mt. 12300,—  
 1. Juli 1905 . . . . . 7740,—  
 Mit hin verneht um Mt. 4560,—  
**Der Vorstand.**  
 Dietrich Schlüter. Otto Zimmermann. Max Neumann.  
 Der Aufsichtsrat.  
 Hermann Kühn, Vorsitzender. 5242

**5 Wk. - Sumatra - Zigarren**  
 prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack  
 100 2 Wk., 250 Wk., 8 Wk. bis 5 Wk.  
 empfiehlt gegen Nachnahme 4571  
**Zigarren-Fabrik E. Lampke.**  
 Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:  
 Breslau, Rosaplatz 11, am Oderthorbahnhof.  
 Filialen: Mathiasstraße 16, Ecke Schrotgasse,  
 Nummer 25, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.  
**Schirme - Spazierhüte - Tabakspfeifen**  
 empfiehlt billigst 4880  
**R. Ehrenberg, Hirschberg, Langstr. 9.**  
 Kaufmanns-Kolonnen-Verkauf.

Nieder mit den Gewerkschaften!

Das ist jetzt der neueste Schlagtruf der Regierung. Die wir bereits in voriger Nummer kurz andeuten...

Wir werden alsbald diesen Wechselbalg der reichsherrlichen...

1. Abschnitt:

Berufsvereine, deren Rechtsfähigkeit auf Eintragung beruht.

§ 1. Ein Verein von Gewerbetreibenden oder gewerblichen Arbeitern (Artikel VII der Gewerbeordnung)...

§ 2. Die Satzung des Vereins muß ergeben, daß der Verein als Berufsverein eingetragen werden soll.

§ 3. Personen, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können nicht Mitglieder des Vereins sein.

§ 4. Gegen die Eintragung des Vereins kann die Verwaltungsbehörde auch dann Einspruch erheben, wenn die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 nicht vorliegen...

§ 5. Die Eintragung erfolgt in eine besondere Abteilung des Vereinsregisters. Mit der Eintragung erhält der Name des Vereins den Zusatz: „eingetragener Berufsverein“.

§ 6. Minderjährige sowie solche Personen, die nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte oder die infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, können nicht Mitglieder des Vorstandes sein.

§ 7. Durch die Satzung kann bestimmt werden, daß an die Stelle der Versammlung der Mitglieder ein Ausschuss tritt, der von diesen gewählt wird. Die Wahl kann nach Abteilungen der Mitglieder erfolgen.

§ 8. Personen, die nach § 6 nicht Mitglieder des Vorstandes sein können, können auch nicht Mitglieder des Ausschusses oder, abgesehen von der Versammlung der Mitglieder, eines sonstigen Organs des Vereins oder eines Organs seiner Abteilungen (Zweigvereine, Ortsvereine, Ortsgruppen, Zahlstellen usw.) sein.

§ 9. Die Beschlüsse der Mitglieder-Versammlung und des Ausschusses sind in ein Protokollbuch einzutragen; die Einsicht in das Protokollbuch hat der Vorstand jedem Mitgliede auf Verlangen zu gestatten.

§ 10. Ein Beschluß der Mitglieder-Versammlung oder des Ausschusses kann wegen Verletzung des Gesetzes oder der Satzung im Wege der Klage angefochten werden. Die Klage muß binnen einem Monat erhoben werden.

ausgründet, daß die Berufung der Versammlung oder die Aufhebung des Gegenstandes der Beschlußfassung nicht gebührt...

§ 11. Die Vorschrift des § 72 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach der Vorstand eines eingetragenen Vereins dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen hat, findet keine Anwendung.

§ 12. Ein Anspruch des Vereins gegen seine Mitglieder findet nur in Ansehung der von diesen zu leistenden ordentlichen Beiträge statt.

§ 13. Der Vorstand ist verpflichtet, nach näherer Bestimmung des Bundesrats für jedes abgelaufene Geschäftsjahr eine Uebersicht über die Zahl und die Berufsausgaben des Vereins getrennt nach ihren Zwecken, sowie über den Bestand des Vereinsvermögens aufzustellen...

§ 14. Die Mitglieder sind jederzeit zum Austritt aus dem Vereine berechtigt. Es kann jedoch durch die Satzung bestimmt werden, daß die von den Mitgliedern zu leistenden ordentlichen Beiträge noch für die Zeit bis zum Schlusse des Kalendermonats, in welchem der Austritt erfolgt, zu entrichten sind.

§ 15. Dem Vereine kann, unbeschadet der Vorschriften des § 43 Abs. 1 bis 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die Rechtsfähigkeit entzogen werden: 1. wenn er einen Zweck verfolgt, oder Mittel des Vereins für einen Zweck verwendet, welcher der Satzung fremd ist...

§ 16. Die Verwaltungsbehörde kann die Mitglieder des Vorstandes zur Befolgung der Vorschriften des § 9, des § 10 Abs. 7, § 12, des § 11 Abs. 2 und des § 13 durch Ordnungsstrafen anhalten. Sie kann auch Ordnungsstrafen verhängen gegen Mitglieder des Vorstandes oder anderer Vereinsorgane...

§ 17. Die Vorschriften des § 17 finden auch auf Abteilungen (Zweigvereine, Ortsvereine, Ortsgruppen, Zahlstellen etc.) eines eingetragenen Berufsvereins, die nach Maßgabe seiner Satzung für gewisse Bezirke gebildet werden, Anwendung, wenn ihre auf Verlangen jederzeit ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen hat, findet keine Anwendung.

Einrichtung berechnete unvollständige Ausgaben machen ober machen lassen, oder wenn die Mittel des Vereins zur Deckung einer Geld- oder Ordnungsstrafe verwendet, welche wegen ein Mitglied des Vereins oder seiner Organe festgesetzt worden ist.

§ 17. Die öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Landesgesetze, nach welchen ein Verein unerlaubt ist oder verboten werden kann, weil er einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt oder weil er ohne abgelaufene Genehmigung errichtet ist, finden auf einen Verein der im § 1 bezeichneten Art, sofern er als Berufsverein eingetragen wird, keine Anwendung.

§ 18. Die Vorschriften des § 17 finden auch auf Abteilungen (Zweigvereine, Ortsvereine, Ortsgruppen, Zahlstellen etc.) eines eingetragenen Berufsvereins, die nach Maßgabe seiner Satzung für gewisse Bezirke gebildet werden, Anwendung, wenn ihre Vorsteher oder Geschäftsführer unter Angabe der Namen der Verwaltungsbehörden, in deren Bezirke die Abteilungen ihren Sitz haben, vom Vereinsvorstand als Organe des Vereins angemeldet werden.

2. Abschnitt:

Berufsvereine, deren Rechtsfähigkeit nicht auf Eintragung beruht.

§ 19. Auf einen Verein, der seinen Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf Unterstützung gewährt oder dessen Zweck sonst auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, finden, wenn der Verein im übrigen den Voraussetzungen des § 1, 3 entspricht, für die Verleihung der Rechtsfähigkeit die öffentlich-rechtlichen Vorschriften der Landesgesetze keine Anwendung, nach welchen 1. ein Verein unerlaubt ist oder verboten werden kann, weil er einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt...

§ 20. Die im § 19 Abs. 2 vorgesehene Beschränkung wird auf den Antrag des Vorstandes des Vereins von der Landes-Zentralbehörde oder der von dieser bestimmten Behörde aufgehoben. Wird die Beschränkung verlagert, so sind die Gründe mitzuteilen. Tritt in der Satzung des Vereins eine Veränderung ein, so ist von Amts wegen zu prüfen, ob der Verein den im § 19 Abs. 1 bezeichneten Voraussetzungen auch ferner entspricht.

§ 21. Auf Abteilungen (Zweigvereine, Ortsvereine, Ortsgruppen, Zahlstellen etc.) eines in Besitze der Beschränkung (§ 19 Abs. 2) befindlichen Vereins, die nach Maßgabe seiner Satzung für gewisse Bezirke gebildet werden, finden die Vorschriften des § 19 entsprechende Anwendung.

3. Abschnitt:

§ 22. Wird die Satzung eines Vereins der im § 1 bezeichneten Art, der in das Vereinsregister nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 55 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches eingetragen ist, dahin geändert, daß der Verein als Berufsverein eingetragen werden soll, so erfolgt die Eintragung der Veränderung in das Vereinsregister gebühren- und stampflos.

§ 23. Dieses Gesetz tritt am ... in Kraft.

Eschen geht uns... Frachtenwerte... Generallmission der Gewerkschaften... und eine weitere vom General Walfang...

Deutscher Reichstag.

120. Sitzung. Sonnabend, den 17. November, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Kommissare, später von Stengel.

Die Wahlprüfungen

werden fortgesetzt. Die Wahl des Abg. Kern, des konservativen Vertreters von

Wurglau (Schlesien)

bringt die Kommission für gültig zu erklären. Abg. Koppich (Freis. Vpt.) meint, daß ohne die harten amtlichen Wahlbeeinflussungen der Freisinnigen und nicht der sozialdemokratischen Kandidat mit Kern in die Stichwahl gekommen wäre. In Wahlbeeinflussungen hätten sich besonders der Wahlvorsteher von Förster in Ottendorf und der Bürgermeister Frankhauer in Pöben hervorgetan. Nebenher beantragt Zurückverweisung an die Wahlprüfungs-Kommission.

Abg. Schwarze-Vippstadt (Zentrum) schließt sich diesem Antrag an, da der Kommissionsbericht mangelhaft sei. Abg. Schickers (Konf.) sucht den Bürgermeister und Herrn v. Förster in Schutz zu nehmen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Volkspartei) droht, für den Fall der Ablehnung des Antrages Koppich mit einem Antrag auf namentliche Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl. Hierauf wird der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission einstimmig angenommen.

(Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Döffel (Reichsp. Ulfsh-Vorkämpfer). Die Kommission beantragt die Gültigkeit.)

Abg. Gothein (Freis. Vpt.): Auch hier sind amtliche Wahlbeeinflussungen vorgekommen, jedoch in einem Bezirk die ganze Wahlbehandlung kassiert werden mußte. Die Wahl muß noch einmal darauf geprüft werden, ob ihr materielles Ergebnis nicht ein anderes wird, wenn die Wahlbehandlung in diesem Bezirk kassiert wird.

Abg. Blumenthal (Edd. Vpt.): Die Konsequenz der Wahlprüfungs-Kommission zeigt sich darin, daß sie nur zeitweilige Grundzüge hat und zwar weicht sie merklich ab, wenn es sich um Wahlen von Mitgliedern der Linken handelt. (Heiterkeit und Lächeln.) So war es ein alter Grundzug, die Verteilung von Stimmzetteln oder Wahlaufrufen durch die Bürgermeister für unzulässig zu erklären. Bei dieser Wahl wird das Gegenteil getan und behauptet, es sei gleichgültig, ob der Gemeindebeamte bei der Verteilung der Stimmzettel Uniform getragen habe. Nach der Komodie des Hauptmanns von Köpenick wird die Kommission wohl diese Insinuationen müssen. (Heiterkeit.) Die Unterschrift eines Bürgermeisters hat weniger Einfluß, als die Dienstliche eines Vorwärters. (Heiterkeit.)

Abg. Westheim (Zentrum) nimmt die Wahlprüfungs-Kommission in Schutz. Es habe sich hier nur darum gehandelt, daß die Bürgermeister Stimmzettel durch Gemeindevorsteher verteilt hätten, ein alter französischer Brauch. Darin könne man keine ungesetzliche Wahlbeeinflussung sehen. Auch der Vorwurf der Verschleppung trifft die Kommission nicht. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Gothein (Freis. Vpt.) hält seine Behauptungen aufrecht, daß die Kommission die Prüfung der Wahl des Abg. Blumberger verweigert habe, und daß sie auch ihren Standpunkt zur Wahlbeeinflussung durch Beamte geändert habe. Das muß den Verdacht erwecken, daß sie nach Parteirücksichten entscheidet. Wenn das so weiter geht, wird das Verlangen immer lauter werden, die Wahlprüfungen dem Reichstage zu entziehen und unabhängigen Richtern zu übertragen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Blumenthal (Edd. Vpt.): Herr Westheim behauptet, die Kommission verleihe nichts, sondern prüfe die Wahlen nach dem Alphabet. Er meint, wenn ich Rosenthal hieße, wäre ich noch später herangekommen. Ich glaube aber, in diesem Falle hätte er das Alphabet von hinten angefangen. (Heiterkeit links.)

Abg. Singer (Sozialdemokrat):

Die alte Tarifmehrheit hat sich jetzt wieder zusammengefunden, um erzwungene Mandate ihrer Parteien zu erhalten. Als langjähriges Reichstagsmitglied muß ich erklären, daß ein solcher Zustand, wie er jetzt in der Wahlprü-

Aus aller Welt.

Der nervöse Professor. Ein im Gewandhause noch nicht vorgelommenes Examen wird in Leipzig lebhaft besprochen. Professor Rißlich entpuppte sich als Don Quixote der Wissenschaft. Er wandte sich an die anwesenden Damen mit der Bitte, ihn nicht mit den Operngläsern zu fixieren. Das mache ihn nervös und da könne er nicht weiter dirigieren.

Ein verhassteter Sänger. Der weltbekannte Sänger Enrico Caruso, der nach New York gekommen war, um in Corrieds Metropolitan Opera House in Gemeinschaft mit anderen Bekanntheiten zu gastieren, wurde im Affenbause des dortigen Kolonialen Gartens unter eigenartigen Umständen verhaftet. Ein Polizist beobachtete den Sänger, der einer ihm unbekanntem Dame, die dagegen protestierte, handreichliche Höflichkeit anbot. Caruso, der in der Zelle der Polizeistation in Tränen ausbrach, befreit alle. Er wurde nach mehrstündiger Haft gegen eine von Corried erlegte Kaution freigelassen. Dabei fiel er, noch immer weinend, Corried um den Hals. Es dürfte wohl noch erinnern sein, wie die Reimungen von Frau Franziska gelegentlich des Erbdehens berichteten. Caruso sei von einer Frau geheiratet, die er, um sich zu retten, umgeknaut hatte. Ein weiterer Bericht aus New York sagt: Da Carusos Verhaftung hier die Tagesgespräch ist, fand sich eine große Menschenmenge im Gericht ein, zeigte sich aber enttäuscht, da der Sänger sich unter dem Vorwand, krank geworden zu sein, vor dem Polizeirichter bedauerte. Die Frau, die er in Segenwardi ins Erdbeben um die Häute sagte, hatte, wie gewöhnlich, einen kalten Namen gegeben, um sich der Defensivität zu entziehen; sie erschien ebenfalls nicht. Danach erklärte der Staatsanwalt die Akten über den Fall für geschlossen. Die Post-Polizisten sagten aber aus, daß sie von fünf ähnlichen Fällen, in denen Caruso sich an Frauen in unzulässiger Absicht herandrängte, wissen und behaupten, ihn schon einmal aus dem Affenhaus wegen eines gleichen Angriffes herausgeworfen zu haben.

Seine Chronik. Ein Unbekannter plünderte die Gemeindefestung von Pöschelheim und Schindlerheim in der Pils. Er stellte sich auf dem Bürgermeistertisch als Gemeinderat vor und forderte den Gemeindevorsteher unter einem Vorwand fort. Der mangelhafte Herr Herrick aus Schabwalde bei Mariburg wurde seinem Amte enthoben. In der Gemeinde herrschten schon lange Jahre hindurch ungesetzliche Zustände. Der Herrick ist vor einiger Zeit zu St. M. Schabwalde verurteilt worden wegen Verleumdung und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Der Herrick hatte nämlich den Ortsvorsteher, der wegen nicht bezahlter Steuern bei ihm plündern sollte hingerichtet und ihn mit „Gump“ tituliert. Eine Frau in Oudschowitz, die von der Frau ein Grundstück erworben erhielt, mußte 13 Mark 40 Pfennig Strafe zahlen. Dies erwidert er zu hoch, weswegen er sich an die zuständige Stelle wandte. Und siehe da, ihre Richterin hatte Ehrfurcht; es wurde ihr mitgeteilt, daß die Frau zu hoch berechnet sei und nicht 13 Mark 40 Pfennig, sondern nur 13 Mark 50 Pfennig bezahle. Der Richter der Frau war über den Erfolg seiner Reklamation hoch erfreut. — Am Reichstag hat Leptig sich gemeldet: Der Minister Herr Joffe hat sich mit dem Minister Sabin verstanden. Er hat an einem Reichstags-Tage und behauptet mit seiner Sabin gemeinsamen Leib. Er behauptet die verhängnisvolle Tat.

Parteilichkeiten herrscht, deren Mehrheit lediglich nach Parteirücksichten verfährt, noch nicht dagewesen ist. (Lebhafte Zustimmung links, große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich kann nicht zulassen, daß der Wahlprüfungs-Kommission vorgeworfen wird, sie entscheide nach Parteirücksichten. (Jurist links: Es ist aber wahr!)

Abg. Singer (Soz., fortsetzend): Ich erkläre, daß in den drei Fällen, welche wir gestern und heute hier verhandelt haben, in der Wahlprüfungs-Kommission nach Parteirücksichten verfahren wird. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich wiederhole, daß die Majorität zusammenhält, um ihre Mandate zu erhalten. Ich wiederhole, daß ein solches Verfahren bisher in dem Hause nicht stattgefunden hat. Das Verfahren der Wahlprüfungs-Kommission steht in direktem Gegensatz zu den früher von Doktor Spahn aufgestellten Grundzügen. Ich glaube, daß es Herrn Spahn sehr lieb ist, nicht mehr Vorsitzender der Wahlprüfungs-Kommission zu sein. Wir ist unersichtlich, wie die Mehrheit der Kommission ihr jetziges Verfahren vor dem Verstand, der Logik und dem Anstande verantworten kann. (Lebhafte Zustimmung.) Der einzige Grundsatz der Mehrheitspartei ist die Grundlosigkeit und das Festhalten ihrer Mandate. Jeder Reichstag hat eben die Wahlprüfungs-Kommission, die er verdient. Es ist ganz im Sinne der Majorität, daß Ungültigkeitserklärungen nur bei Mandaten der Oppositionsparteien erfolgen. In dem einen Falle fordert die Wahlprüfungs-Kommission das Plenum auf, die Wahl für gültig zu erklären, gleichzeitig aber die Regierung zu ersuchen, daß im Zukunft amtliche Wahlbeeinflussungen unmöglich werden. Das ist ein so schreiender Widerspruch, daß ich mich fast des Verdachts nicht erwehren kann, daß die Zentrumsabgeordneten aus Bosheit ihre Fraktionsgenossen in der Kommission nicht über diese Vergewaltigung der Logik aufklären. Ich stimme durchaus den Freisinnigen darin bei, daß hier nicht nach Parteiprinzip, sondern

nach Parteigunst geurteilt wird; über ihren Vorschlag, eine außerparlamentarische Instanz zur Wahlprüfung zu schaffen, kann ich nicht akzeptieren. Das jetzige Verfahren hat wenigstens den Vorteil, daß es vor dem Lande in aller Offenheit gebrandmarkt werden kann. Wird aber die Wahlprüfung in das verschlossene Zimmer eines Gerichtshofes verlegt, so fällt die Möglichkeit weg, durch die Aufrufung des öffentlichen Bewusstseins Gerechtigkeit zu erzwingen. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Recht des Reichstages, die Legitimation seiner Mitglieder selbst zu prüfen, muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Ein Verzicht hierauf würde das größte Armutzeugnis für die Volksvertretung sein. (Sehr richtig! links.) Die Wahlprüfungen werden gerecht vorgenommen werden, wenn das Volk sich einen Reichstag wählt, der Recht und Gesetz achtet (Lebhafte Zustimmung links.) und der eine Empfehlung dafür hat, daß Wahlprüfungen nicht dazu da sind, Parteien zu stärken, sondern bezwecken, daß die Mandate zum Reichstage rein und makellos dasitzen. (Stürmischer Beifall links.) Im übrigen hoffe ich, daß die Verhandlungen der letzten Tage auch den Seiten von der Majorität klar gemacht haben, daß schließlich auch die Parteiführer ihre Grenzen hat. (Sehr gut! links.) Ich habe nochmals zu erklären, daß wir unbedingt dagegen sind, die Wahlprüfungen aus dem Hause zu verlegen, daß wir aber fordern und wünschen müssen, daß die Majorität der Kommission und des Plenums endlich aufhöre, sich dem berechtigten Vorwurf auszusetzen, nach Parteirücksichten statt nach Recht und Gesetz über die Gültigkeit der Wahlen zu entscheiden. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Burlage (Zentr.): Als früheres Mitglied der Wahlprüfungs-Kommission protestiere ich gegen die Vorwürfe des Abg. Singer. Ich habe stets nach bestem Ermessen und reinster Ehrlichkeit entschieden und ich glaube nicht, daß sich das in den wenigen Monaten seit meinem Ausscheiden geändert hat. (Bravo! rechts, Lachen links.)

Abg. Verzen (Konf.): Wenn die Wahlprüfungs-Kommission zu einer besseren Ueberzeugung kommt, darf man ihr Parteilichkeit nicht vormwerfen; diesen Vorwurf muß ich zurückweisen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vpt.): Die Wahlprüfungs-Kommission hat ihr früheres Ansehen in den letzten Jahren verloren. Der Vorsitzende, Herr Westheim, hat sich als Muster von Dickfälligkeit mit einer Rhinoceroshaut erwiesen. (Unruhe im Zentrum. Bravo! links.)

Die Wahlprüfungs-Kommission beugt das Recht.

(Große Unruhe rechts.) Ich bedauere, daß sie, die früher so angesehen war, sich in solcher Weise prostritiert hat.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich habe den Ausdruck der Rechtsbeugung durchgehen lassen, aber von einer Prostitutionierung der Reichstagskommission zu sprechen, widerspricht der Ordnung des Hauses. (Stürmischer Bravo! rechts, große Unruhe links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fortsetzend): Nationalliberale, die Herren Büsing, Böttcher, Paasche, Kimpau, Semler, haben bei der Wahl des Abg. Pöschel für Ungültigkeit gestimmt, im gleichliegenden Falle Petrich für Gültigkeit, jedenfalls auch in der Erwägung, daß bei der Wahl ihres Fraktionskollegen Ballan dieselben Beeinflussungen vorgekommen sind.

Vizepräsident Dr. Paasche: Sie unterstellen Mitgliedern des Hauses, daß sie gegen ihre Ueberzeugung gestimmt hätten. Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung. (Leb. Bravo! bei den Nationalliberalen, anhaltende Unruhe links.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fortsetzend): Ich habe keine Unterstellung gemacht, sondern nur von Erwägungen geredet, die wohl auch Platz gegriffen haben. Die bürgerliche Linke hat Interesse daran, daß nicht der Schein entsteht, es werde hier nach Gewalt entschieden. (Lebhafte Zustimmung links.) Die von mir genannten Abgeordneten hätten wohl die Pflicht gehabt, ihre veränderte Abstimmung zu motivieren. Wir wünschen objektive Wahlprüfungen und die Wahlprüfungs-Kommission wieder auf ihrer früheren Höhe. (Lebhafte Bravo! links.)

Abg. Geiger (Sozialdemokrat):

Ich kann Herrn Verzen bezeugen, daß er in der Wahlprüfungs-Kommission Ehrlich bemüht gewesen ist, die reaktionäre Politik zu unterstützen. Die Wahlprüfungs-Kommission ist seinen Anregungen, amtliche Wahlbeeinflussungen völlig freizugeben, immer gefolgt. An der Ehrlichkeit der Herren zweifeln wir nicht, aber ihre Gerechtigkeit hat einen doppelten Boden. Die Kommission ist Schritt für Schritt von den früher von Herrn Spahn in Verbindung mit den damaligen Mitgliedern der Wahlprüfungs-Kommission aufgestellten Grundzügen abgewichen. (Zustimmung links.)

Abg. Gothein (Freis. Vpt.): Herr Burlage vermischt die Beweise bei meinen Behauptungen. Zunächst haben wir sie in ihrem ursprünglichen Falle beigebracht. Zweitens sind für Herrn Burlage Grundzügen, eines Häufigen, häufiger wie Wasser, sie nicht zu haben. (Lebhafte und Zustimmung links.)

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

Als Kommissionsmitglied hat es Herr Burlage immer verstanden, jedem Unrecht ein Mäntelchen umzuhängen. Das nennt sich dann Gewohnheitsrecht. Ich erinnere daran, daß die Wahlkommission für Wahlbeeinflussungen, die in Frankfurt-Lebus gegen den sozialdemokratischen Kandidaten vorgenommen waren, diesen durch Ungültigkeitserklärung seiner Wahl gestraft hat. Für die Kassierung der Wahl Braun gibt es keine andere Erklärung, als daß die Mehrheit durchaus dem durchgefallenen Herrn Wasserfall ein Mandat schaffen wollte. (Leb. Just. bei den Soz.)

Abg. Krenndt (Vpt.) erklärt, daß er gegen die Kassierung der Wahlen Blumenthal, Braun und Buchwald gestimmt habe, während die Freisinnigen oftmals Inkonsequenz bewiesen hätten. Das Umstürzen des Landrats schadet der Rechten mehr, als es ihr nützt. Im Wahlterrorismus steht die Sozialdemokratie unerreicht da. (Beifall rechts.)

Abg. Orber (Zentr.): Meinungsverschiedenheiten gibt es über alle Fälle, im Gericht wie in der Kommission. Die vom Kollegen Spahn aufgestellten Grundzüge stellen nur eine Sammlung von Präzedenzfällen dar und können nicht in jedem Falle maßgebend sein. Man soll den Gegnern nicht den guten Glauben abprechen. Entschieden muß ich gegen die Verdächtigung des bewährten Kollegen Westheim protestieren.

Hiermit schließt die Debatte. Der Antrag Gothein auf Zurückverweisung an die Kommission wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt, die Wahl Dr. Döffel mit denselben Stimmen für gültig erklärt.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Montag 8 Uhr. (Interpellation über die Fleischnot und über die Differenzierung des Gerstengolles.) Schluß 8 Uhr.

Russische Revolution.

Der Wahlrechtsraub.

M. J. Tugan-Baranowski weist an einem Beispiel die Bedeutung der bekannten „Gesetzesklärung“ des Senats nach. Im Gouvernement Poltawa beträgt die Zahl der Wahlmänner, welche in der Kurie der Gutsbesitzer (Groß- und Klein-) gewählt werden, 109; die der Wahlmänner in der Wofosturkurie (der Bauerngemeinden) 23; die der Wahlmänner der städtischen Kurie 19, 109, 23 und 49! Die hohe Zahl der Gutsbesitzer-Wahlmänner ist eine Folge davon, daß im Gouvernement Poltawa zahlreiche ukrainischer Kosaken keine Privatgüter besitzen; sie wurden naturlicherweise zu den Gutsbesitzern gezählt. Bei den Wahlen zur ersten Duma wurde kein einziger Konserverfabrik im Gouvernement Poltawa gewählt; dies erklärt sich durch die demokratische Zusammensetzung der Gutsbesitzerkurie. Seit aber, nach der „Gesetzesklärung“ des Senats vom 20. Dezember (Punkt 1) sind die ukrainischen Kosaken aus der Gutsbesitzerkurie ausgeschlossen worden; sie werden in der Wofosturkurie (Kurie der Bauerngemeinden) wählen müssen. Die Zahl der Wahlmänner jeder Kurie ist unterdessen unverändert geblieben! Die Gutsbesitzerkurie wird jetzt in den Händen der Gutsbesitzer sein, sie wird aber so wie früher 109 Wahlmänner abgeben, welche über den Ausgang der Wahlen des Gouvernements entscheiden werden. Die Gutsbesitzer werden die Herrscher sein! So ist hier auf dem Wege einer „Gesetzesklärung“ eine vollständige politische Umwälzung erzielt worden! Und die 181 Wahlmänner des Gouvernements Poltawa wählen 12 Dumaabgeordnete. („Rushtja Wedomosti“, 4. November.)

Bedeutung des Wahlrechtsraubs.

Die Zeitung „Rushtja Wedomosti“ weist nach, daß infolge der erfolgten „Gesetzesklärungen“ der Ausgang der Wahlen für die freiwilligen Parteien, wenn nicht hoffnungslos geworden, so doch außerordentlich erschwert worden ist. Am härtesten ist die Gutsbesitzerkurie getroffen worden. Im Kreise Uman, im Gouvernement Kiew, waren bei den Wahlen in die erste Duma 1777 Personen in die Wählerlisten der Gutsbesitzerkurie eingetragen worden. Nachdem die Bauern und die Kleinbürger, die unter der Vermittlung der Bauernbank Land erworben haben, ausgeschlossen worden sind, bleiben bloß 700 Personen in den Wählerlisten, ungefähr 15 Prozent des früheren Bestandes. Im Ganzen Gouvernement Kiew läßt sich die ähnliche Erscheinung beobachten. Es ist anzunehmen, daß bei den Wahlen der Duma-Abgeordneten des Gouvernements Kiew sämtliche 74 Wahlmänner der Gutsbesitzerkurie sich als Vertreter des Großgrundbesitzes erweisen werden. Im Kreise Tschernigow bleibt ungefähr die Hälfte der früheren Zahl in den Listen der Gutsbesitzerkurie übrig.

Die neue Anleihe wird ungültig sein.

In der „Rushtja“ weist Professor Friedmann nach, daß gemäß dem genauen Wortlaut der bestehenden Gesetze eine Anleihe, die, ohne der Reichsduma und dem Reichsrat vorgelegt worden zu sein, zu Stande gekommen ist (nur eine im Kriegsfall abgeschlossene Mittelanleihe ausgenommen), keine bindende Kraft für Rußland haben kann. Die künftige Duma wird nach dem genauen Wortlaut des Gesetzes alle in der Politikensicht vorgenommenen Kreditoperationen der Regierung, welcher Art diese Kombinationen auch seien, für ungültig erklären.

Die dienstfreie Wohnung.

Die unteren Bediensteten (Wächter, Portiers, Hausaufseher, Botenkutscher, Geiger, Monteurs, Lampenputzer usw.), welche dienstfreie Wohnung haben, sollen nach der Gesetzesklärung vom 6. November des Wahlrechts als Wohnungsmieter herabstufen werden. In Petersburg allein gab es circa 10,000 Wähler dieser Kategorien. Bei den ersten Dumawahlen stimmten sie für die Radetten. Jetzt hätten sie vielleicht für mehr nach links stehende Kandidaten gestimmt. Ihr Recht ist ihnen entzogen worden. („Rushtja Puti“, 8. November.)

Die Wäcker.

Durch die „Gesetzesklärung“ vom 6. November sind die Wäcker des Wahlrechts beraubt worden, indem sie von den Arbeitgebern Logis bekommen. In der Arbeiterkurie dürfen sie auch nicht wählen, weil sie der Fabrikinspektion unterworfen sind.

Ministerielle Gesetzesklärung.

Das Ministerium des Innern hat erklärt, daß auf die Kleinbürger, welche Land und Vermittlung der Bauernbank erworben haben, die Gesetzesklärung des Senats vom 20. Oktober auch ausgehört werden soll, und daß sie in den Gutsbesitzerkurie das Wahlrecht nicht ausüben können. („Dro“, 8. November.)

Neueste Telegramme.

Petersburg, 18. November. Wie aus Mologa gemeldet wird, hat der Polizeimeister mehrere Kerze, Advokaten und Lehrer wegen politischer Betätigung verhaften lassen.

In Poltawa wurde gestern der Garnisonkommandant General Polkownikow erschossen.

Partei-Angelegenheiten.

In der Redaktion des „Volksblatt“ für Halle a. S. haben einige Veränderungen stattgefunden, indem an Stelle des bisherigen Redakteurs, der nach Stuttgart ging, Genosse Fröhlich in die Redaktion eintrat. Durch die Reduktion des Genosse



**Im Schlesien und Posen.**

**Die Adresse des Herrn Curt Bosh!**

Das Oberflächliche Tageblatt... Der Herr Curt Bosh... Die Adresse des Herrn Curt Bosh!

**Spiele mit Streichhölzern.**

Der Vorstand des Bosh'scher Kreises macht bekannt, daß es besonders wieder in neuester Zeit im Kreise sehr häufig vorgekommen ist, daß Kinder, welche mit Streichhölzern gespielt haben, nicht unbedenkliche Brände hervorgerufen haben...

**Schweidnitz, 17. November.**

Der beleidigte Amtsverwalter. Wegen Beleidigung des Peterswaldauer Amtsvorsetzers hatte sich Genosse Feldmann als verantwortlicher Redakteur des 'Proletarier' vergangen Freitag vor der hiesigen Strafammer zu verantworten...

Soweit der intrinierte Artikel. Namentlich durch den letzten Absatz fühlte sich der Herr Amtsverwalter beleidigt, da in demselben der Vorwurf der Parteilichkeit enthalten sein soll...

zum besseren Verständnis für die Leser sei bemerkt, daß die 'Glogerei' das Verammlungs-Sekret der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von Peterswaldau ist.

**Hirschberg, 16. November.**

Er will keinen Juden. Mit einer prinzipiellen Frage hatte sich das hiesige Kaufmannsgericht in seiner letzten Sitzung zu befassen. Eine Konfessionsfrage hatte im Berliner Tageblatt einen christlichen Verkäufer gesucht...

Werkwürdig ist übrigens, daß die Firma den 'christlichen' jungen Mann im 'jüdischen' Berliner Tageblatt suchte. Vielleicht stellt sich aus diesem Grunde der jüdische junge Kaufmann für berechtigt, an den Ernst der Annahme nicht zu glauben.

**Wittrichberg, 17. November.**

Eine Verurteilung der Verurteilung. Es wird uns geschrieben: Der kat. Müller-Waldenburg bringt in Nr. 267 eine Nichtigkeitsurteilung zu dem Bericht über die Bergarbeiter-Verammlung, die mit abging, folgendes festzustellen: Nachdem der Referent, Genosse Due, die Lohnforderungen eingehend begründet, kritisierte er die Waldenburger Zustände...

**Hugo Heinrich, Breslau**  
Gegründet 1893. Spezialhaus für alle Schneiderartikel. Winterplattfutter, aparte solide Mäntel. 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50 per Meter.

Schlusssatz sich zum Wort gemeldet, ist mir nicht bekannt. Des Franz Kobl, Schützenstr. 4.

**Kleine provinzielle Nachrichten.**

Nach dem von uns bereits gemeldeten Mord und Selbstmord des Wachtmeisters Wehner und seiner Ehefrau in Obersiebenbrunn ist noch folgendes nachzutragen: Der Wachtmeister hatte sich gegen 5 Uhr zuerst seine Ehefrau und darauf sich selbst erschossen...

**11. Ziehung 5. Klasse 215. Königl. Preuss. Lotterie.**

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'Ziehung vom 17. November 1906', 'Gewinn', and 'Klassen'. Lists various winning numbers and their corresponding prize amounts.

ronb M. sich durch den Kopf geschossen hatte. Nach dem anliegenden Umständen kann nur angenommen werden, daß die traurige Tat in gegenseitiger Uebereinstimmung geschah...

**11. Ziehung 5. Klasse 215. Königl. Preuss. Lotterie.**

Table with lottery numbers and prizes. Includes columns for 'Ziehung vom 17. November 1906', 'Gewinn', and 'Klassen'. Lists various winning numbers and their corresponding prize amounts.